

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Erik Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Ertragssteigerung durch den Achtstundentag

Es ist eigentlich überflüssig, heute noch auf den Segen des Achtstundentages hinzuweisen. Denn wo immer er mit gutem Willen eingeführt wurde, hat er sich der längeren Arbeitszeit überlegen gezeigt. Er brachte und bringt in gesundheitlicher wie sozialer und besonders wirtschaftlicher Hinsicht stetig den Gewinn, der um so größer ist, je mehr sich die Unternehmer bestreben, ihrem Namen gerecht zu werden. Nur dort ist es nicht der Fall, wo die Fabrikanten ihre Kräfte auf die Verstärkung der Lohnquetsche, anstatt auf die Verbesserung der technischen Ausrüstung und der Arbeitsweise verwenden. Für diese Fabrikanten insonderheit ist die rücksichtslose Einführung einer beträchtlichen Verkürzung der Arbeitszeit geboten. Denn sie ist ein probates Mittel, diese Fabrikanten von ihrem Schicksal zu heilen oder sie zu zwingen, den Beruf zu wechseln. Die so hoch beanspruchte deutsche Wirtschaft und ihr wertvollster Besitz, die Arbeitskraft, vermögen die Belastung, die ein industrielles Hinterwäldlerturn darstellt, einfach nicht mehr zu tragen. Je eher es ausgemerzt wird, desto besser.

Gene deutschen Unternehmen, die schon vor dem Kriege den Achtstundentag einführt, haben sich überaus prächtig entwickelt und ihre Erzeugnisse genießen in der ganzen Welt einen vorzüglichen Ruf. Hätten sie längst mehr Nachahmer gefunden, die Ertragsfähigkeit wie der Wert der deutschen Industrie wäre entschieden besser begründet. Die überwältigende Mehrzahl unserer Unternehmer jedoch hielt es für den Gipfel der volkswirtschaftlichen und sozialen Vernunft, jedes Verlangen nach Verkürzung des Arbeitstages mit Klauen und Zähnen zu bekämpfen; sie war der törichten Meinung, es sei vorteilhafter, die maßlos geschundenen Arbeiter in den Streit zu treiben, das ist Millionen Arbeitstage zu vergeuden und die Schaffensfreude zu verpaßen, das ist die mächtige Duellie der Ertragssteigerung zu verstopfen. Welche Hochstellung, welche Überlegenheit, welchen Ruf würde die deutsche Industrie mit ihrer beispiellos fleißigen und bescheidenen Arbeiterschaft heute haben, wenn sie mehr vom Geiste eines Zeil oder Ford erfüllt wäre! Welt es ihr daran sehr, jedenfalls mehr gebracht als dem Unternehmertum anderer Länder, haben diese ihr den Rang abgelassen. Und alles Schwebel von der Eroberung einer überlegenen Weltstellung wird solange eitel Windmähre bleiben, als nicht der Achtstundentag endlich allgemein eingeführt ist, das heißt, der reich sprudelnde Born wirtschaftlichen Ruhens angeschlagen wird, den die körperliche wie geistige Stärkung des Arbeitsmenschen und die Hebung seiner Schaffensfreude verbürgen.

Daß durch die Beschränkung des deutschen Unternehmertums, vornehmlich der Metallindustriellen, Deutschlands Wirtschaft nicht bloß daheim unermesslich geschädigt wird, sei an einem Beispiel dargetan. Durch Lohnquetscherie und überlange Fron werden seit Jahren zahlreiche Facharbeiter, und sicherlich nicht die schlechtesten, außer Landes getrieben. Ihre wertvolle berufliche Schulung und konstruktives Geschick kommt den ausländischen Fabrikanten, den Wettbewerbern der deutschen Industrie zugute. Die deutschen Facharbeiter, fleißig und bescheiden, wie sie nun einmal sind, schaukeln auch in dem Lande ihrer Wahl emsig und geben dort von ihrer Berufskenntnis her, was sie nur können, obwohl sie zwar bedeutend höher als daheim, aber nicht besser entlohnt werden wie ihre eingebornen, weniger geschulten und ungenügenden Kollegen. Hierfür Einzelfälle anzuführen, wollen wir lieber unterlassen, wohl aber noch sagen, daß es ein unglücklicher Zufall ist, daß der deutschen Wirtschaft ein solch unermesslicher Schaden durch die Kürzbarkeit von Unternehmern zugefügt werden kann. Deutschland wird diese Schande, nein diese Dummheit seiner „Wirtschaftsführer“ noch schwer zu büßen haben. Von unseren „Wirtschaftsführern“ gilt das, was Bismarck von dem Leutnant sagte: Den macht uns niemand nach. Nein, wahrhaftig nicht. Die anderen Länder werden sich sehr hüten.

Den vielgestaltigen Vorteil des Achtstundentages will das deutsche Unternehmertum, gewiß nicht das ganze, nicht wahr haben. Zu diesem Behufe läßt es Zahlen vom Rückgang der Produktion veröffentlichen. Da jedoch auf Grund einer reichen Erfahrung, wozu die glänzenden Goldbilanzen der Aktiengesellschaften und die mächtig gesteigerte Förderung zahlreicher Werke gehören, die Wahrscheinlichkeit der Unternehmung starkem Zweifel begegnet und sie folglich keinen einigermassen urteilsfähigen Menschen mehr zu überzeugen vermögen, feuern sie brotfluchende Burschen an, puzen sie als „Sachverständige“ ein wenig auf, damit sie nun den „Rin der Wirtschaft durch den Achtstundentag“ beweisen. Man muß darob den Kopf schütteln. Sollte es tatsächlich noch Unternehmer geben, die im Ernste glauben, die Überlegenheit des Achtstundentages sei von armen Schächern wegzuwaschen, die als Unterwäsche den Diensttitteln der Selben tragen? Eine solche Kindlichkeit ist in keinem Industriestaate mehr zu finden, höchstens noch im Panoptikum. Der Verein zur Bekämpfung der Prostitution sollte sich der armen Kreaturen, die da fürs Unternehmertum solch Blech schmieden, Liebesvoll annehmen.

Hätten wir in Deutschland ein Arbeitsministerium, das sich ernstlich um die Arbeit und ihre Verrichter kümmerte, die Windmähre gegen den Achtstundentag wäre längst auf ihren wahren Gehalt zurückgeführt. Dies Arbeitsministerium bräunte sich nicht einmal in geistige Anstalten zu füllen, sondern nur an der Hand der Produktionsergebnisse und der Betriebsgewinne unparteiisch die Wirkung des Achtstundentages darzulegen und, wo diese eine nachteilige ist, gründlich zu untersuchen, wer oder was daran schuld ist. Das französische Arbeitsministerium tut dergleichen seit längerer Zeit und läßt die Ergebnisse seines

Forschens im amtlichen Bulletin veröffentlichen. Jede Nummer des Bulletin bringt viele Seiten lang Berichte über „Die Anpassung der Produktionsbedingungen und der Arbeit an den Achtstundentag“. Die Berichterstattung erstreckt sich auf die verschiedensten Gewerbe. Sie ist, wie nicht anders zu erwarten, bei kürzeren Arbeitszeit durch die Bank günstig. Seit der Einführung des Achtstundentages hat sich nicht nur die Fördermenge gesteigert, sondern auch die Selbstkosten je Einheit haben sich vermindert und vielfach sind die Löhne gestiegen. Hier, auf engem Raume, können wir, so nützlich es wäre, lieber nicht die Ursachen der vielgestaltigen Besserung noch die zahlenmäßigen Beweise hierfür im einzelnen wiedergeben. Wir müssen uns auf eine sehr gedrängte Wiedergabe einiger Beispiele aus der Metallindustrie beschränken:

In der Feilenfabrik Z. wurden im Jahre 1914 mit einer Belegschaft von 400 Köpfen bei zehnstündiger Arbeitszeit durchschnittlich 12 500 Feilen hergestellt, bis zum Dezember 1919 konnte infolge von Verbesserungen des Werkzeuges, der Serienarbeit und des Lohnes die Belegschaft auf 325 Köpfe vermindert werden. Diese so verminderte Belegschaft erzeugte nun in acht Stunden gleichfalls 12 500 Feilen. Anders ausgedrückt: der Stundenenertrag, der 1914 3/4 war, stieg 1919 auf 4/4. — In der Sackerei P. in A. hat die Ernte mannigfaltiger Form und Größe herstellt, hat sich seit der Einführung des Achtstundentages der Stundenenertrag um 450 Kilo, das ist um etwas mehr als 63 v. h. erhöht. Diese beträchtliche Steigerung hat der Betriebsleiter an Hand des Viehstalles dargetan. „Wir hätten“, so fügt der berichtende Gewerkschaftsleiter bei, „dem Vieh noch mehr Gewicht geben können, wenn die Fabrikleitung uns die Schaufel überlassen hätte, die die aufsteigende Kurve der Produktion wie die scharf absteigende Kurve der allgemeinen Löhne zeigt“. — Die Fabrik von R., die Schaufeln, Sägen, Feilen und dergleichen fertigt, berichtet, daß ihre Monatsproduktion von 1919 bis 1923 einschließlich gegen die von 1914 um 30 v. h. emporgesunken ist. — Die Feilen- und Motorradfabrik T. steigerte ihren Ertrag von 1913 bis 1924 von 1 auf 1,40. — Eine Fabrik für Präzisionsinstrumente in A. — en-Barrois mit 140 Leuten hat ihre Fördermenge um 15 v. h. erhöht. — In der Diebeler Z. in Z. (125 Mann) betrug im Juni 1917, als noch 10 Stunden geschäft wurde, der tägliche Tonnerertrag 97, im September 1924 128. Der Achtstundentag wurde hier im Juni 1920 eingeführt. Mit dem Sinken des Selbstkostenpreises ist der Lohn gestiegen. — In einer Stangenfabrik (14 Arbeiter) betrug von Januar bis März 1919 (Zehnstundentag) die Menge der ständlich hergestellten Werkzeuge 0,19, vom August bis Oktober 1924 (Achtstundentag) aber 0,33. Das ist eine Erzielung des Stundenenertrages um 73 v. h. — In den Konstruktionswerkstätten in B. arbeiteten mit 80 bis 100 Arbeitern wurde Ende 1919 der Zehnstundentag vom Achtstundentag abgelöst. Wenn man deren Betriebsergebnis beim Zehnstundentag mit 10 annimmt, so ergibt sich im Jahre 1921 (Achtstundentag) eine Steigerung von 10, 1922 von 48, 1923 von 68,5 Hundertellen.

Damit soll es des Hütlers genug sein. Wenn in Frankreich eine solch erhebliche und allgemeine Ertragssteigerung durch den Achtstundentag möglich ist, was muß er erst in Deutschland mit seiner geschulten und fleißigen Arbeiterschaft bringen oder schon gebracht haben!

Die Schwächsten des Proletariats

Betrachtungen zur Heimarbeit-Ausstellung

III. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband als Aussteller.

P. H. Die Ausstellung unseres Verbandes nimmt einen großen Raum ein. Die Heimarbeit ist trotz hochentwickelter Fabrikarbeit in der Metallindustrie noch sehr stark verbreitet. Besondere Bedeutung hat die handwerksmäßige Heimarbeit. Sie findet ihren besten Ausdruck in der Feilenherstellung. Viele Feilenhersteller Feilenhersteller beschäftigen noch in ihrem Heim mehrere Gejellen. Die Feilenhersteller werden aus der Fabrik geholt, sie sind zum Dieb fertig geschult und zum Härten werden sie wieder in die Fabrik gebracht. Die Solinger Messerindustrie arbeitet unter den nämlichen Verhältnissen. Die Heimarbeiterschmiede des sächsischen Erzgebirges verdienen besondere Beachtung. In Röhrenau leben noch die Nagelschmiede. Ein mühseliger Erwerb ist die Nagelschmiederei. Wie die Ausstellung zeigt, sind die Verdienste sehr gering. Einfache Nägel werden das Tausend mit 3 bis 6 M. bezahlt. Der Nagelschmied braucht für das Tausend aber durchschnittlich eine Arbeitszeit von 25 Stunden, somit erzielt er einen Stundenverdienst von 13 S. Das ist man noch nicht Reinerwerb, sondern hiervon geht noch die Werkstattniete und die Kohlenkosten ab. Um nun überhaupt leben zu können, hängen die Röhrenauer Nagelschmiede in der Regel 15 Stunden den Tag. Diese Nagelschmiede fertigen neben gewöhnlichen Nägeln noch eine Reihe anderer Kleinwerkstücke, wie Krampen, Gas- und Nitrohaken und Ketten, aber auch diese Arbeiten werfen keinen höheren Verdienst ab. Für solche Arbeiten ist längst die Maschine erfunden, aber das Orthen Röhrenau klammert sich noch trampfhaft an diese Schmiederei und durch die niederen Preise versuchen sie gegen die Konkurrenz der Maschine anzukämpfen.

Die Heimarbeit in der Metallindustrie ist zu allererst Teilarbeit. Oberflächlich beschäftigt Tausende von Menschen in der Blechspielwarenindustrie. Kinderarbeit ist vorherrschend und die Verdienste sehr gering. Sie schwanken zwischen 8 und 20 S. Die Ausstellung gewährt ferner einen Einblick in die Uhren-, Schmuck- und Edelmetallwarenherstellung. Alles ist Massenfabrikation und die Heimarbeit besteht nur in ganz mechanischen Verrichtungen an kleinen Teilchen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Elektroindustrie, hier hat die Heimarbeit gemeist nur die automatisch hergestellten Teile ineinander zu schrauben oder zu löten. Nur Frauen und Kinderhände sind dazu geeignet. Die Nagelindustrie hat auch Arbeitsverrichtungen, die in der Heimarbeit ausgeführt werden. Diese einfachen Verrichtungen, die so schlecht bezahlt werden, stellen große Anforderungen an das Auge und an die Finger, und da Allere Menschen das nicht mehr in dem erforderlichen Maße können, sind es wieder die Kinder, die hier die meiste Arbeit zu leisten haben. Ist einmal ein Arbeitsunfall eingetreten, so mit dieser Arbeit etwas zu verdienen, dann kommen Verdienste heraus, wie sie die Ausstellung bei einem invaliden Heim-

Der zwölfte Gewerkschaftskongress

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wird vom Vorstand des DGB auf Montag den 31. August nach Breslau einberufen. Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Wahl der Kongressleitung und der Kommissionen.
2. Bericht des Bundesvorstandes.
3. Die Sozialgesetzgebung in Deutschland.
4. Die Organisationsfrage.
5. Die Wirtschaft und die Gewerkschaften:
 - a) Die deutsche Wirtschaft.
 - b) Die Wirtschaftsdemokratie.
6. Beratung der Bundesbeschlüsse.
7. Wahl des Bundesvorstandes.
8. Erledigung sonstiger Anträge.

Anträge an den Kongress können nach § 34 der Satzungen von jedem angeschlossenen Verband oder seinen Bezirks- und Ortsvereinen gestellt werden. Anträge einzelner Gewerkschaftsmitglieder werden nur dann zugelassen, wenn sie von einem Ortsverein oder dem Zentralvorstand der Gewerkschaft unterstützt werden.

Die Anträge müssen nach § 35 der Satzungen acht Wochen vor dem Kongress, also bis zum 4. Juli an den Bundesvorstand eingereicht werden, der sie spätestens sechs Wochen vor dem Stattfinden des Kongresses zu veröffentlichen hat.

Arbeiter von Schiershausen zeigt, der mit Frau und vier Kindern 50 noch zwölf Uhr Nadeln anreicht und palettiert und dabei einen Wochenverdienst von 3,50 bis 4 M. erreicht. Dazu hat der arme Teufel eine monatliche Invalidenrente von 15 (in Worten: fünfzehn) M.

Die Metallmusikinstrumentenindustrie nährt ebenfalls ein großes Meer Heimarbeiter. Im sächsischen Erzgebirge werden Blechblasinstrumente gebaut. Gute Aufnahmen gewähren einen Einblick in die Welt dieser Instrumentenmacher. Die Rauharmontafabrikation Troßingens gibt gleichfalls eine Anzahl Arbeitsverrichtungen an die Heimarbeiter.

Die Ausstellung unseres Verbandes wurde abgerundet durch die Fabrikate der Solinger Industrie, in der Hauptstadt Messerherstellung, Tischmesser, Taschenmesser, Nadeln, Scheren und Apparate. Die Mehrzahl der Arbeiten an diesen Waren sind in der Heimarbeit hergestellt. Daran ist erst zu sehen, wie bedeutend noch die Heimindustrie in der Metallindustrie ist. In einigen Fabrikationszweigen ist in den letzten Jahren gegenüber der Vorkriegszeit eine Zunahme der Heimarbeit zu verzeichnen. Diese Tendenz ist zum Teil mit darauf zurückzuführen, daß die Heimarbeiter fast durchschnittlich billiger arbeiten, als es die Fabrikarbeiter tun. Zu dieser Überzeugung kommt man bei Betrachtung der

Verdienste der Heimarbeiter.

Die den Produkten beigegebenen Preiskarten enthalten oft Bemerkungen, die den denkenden Menschen ernst stimmen müssen. Da heißt es: „Die Preise sind tariflich geregelt, werden aber von den Heimarbeitern nicht eingehalten.“ Diese Bemerkung war leider sehr oft zu lesen. Die Gewerkschaften haben sich um die Verdienste der Heimarbeiter gekümmert. Das führte zu tariflichen Abschlüssen, aber die Heimarbeiter ließen sich die Tarifhöhe nehmen oder trauten sich nicht, sie zu fordern. In den meisten Fällen haben sie dem Drängen der Unternehmer nachgegeben, haben mündliche Vereinbarungen abgeschlossen und ihr kammerdoller Verdienst liegt heute von diesem „Fortritt“ bereites Zeugnis ab. Viele Aufstellungsgegenstände trugen den Vermerk, daß Angaben über den Verdienst von den Heimarbeitern überhaupt nicht zu erhalten waren. Den Gewerkschaften haben sie schon gar nicht Auskunft und nur den Sachausführern und einigen Gewerkschaftern war es möglich, Angaben zu erhalten. Die Heimarbeiter fürchten den Verlust ihrer armeneligen Verdienstmöglichkeit, so stark ist ihre Furcht vor den Herren Verlegern, Zwischenhändlern und Fabrikanten. Was Gerhard Hauptmann einst über die armen schlesischen Leinewerker in seinem erquickenden Drama „Die Weber“ auf die Bühne stellte, ist heute noch in manchen Heimarbeitergebieten anzutreffen. Die armen, unterernährten Heimarbeiter sind fast immer gottergebene Diener frömmelnder Gesellschaften, die in einer wahren Hundenemut erzogen sind und in Unterwürfigkeit erhalten werden. Es ist Tatsache, daß sehr viele Heimarbeiter sich in christlichen Verbänden zusammengeschlossen haben, deren Vorstände im deutschen Reichstag auf den Bänken der Deutschnationalen, den schlimmsten Arbeiterfeinden, sitzt. Allein der Kirchenglaube hat diese jümege gebracht.

Die Gewerkschaften haben ein ganz schwieriges Arbeiten unter den Heimarbeitern. Ein Beispiel: Die Arbeiter einer Fabrik weigern sich, eine sehr staubumwühlende Arbeit ohne Staubabsaugvorrichtung zu machen (Es handelt sich um das Auslesen von Fein- und Abfallwolle.) Der Unternehmer will den Gesundheitszustand sparen und gibt die Arbeit als Heimarbeit in die Häuser der Arbeiter, die in engen, an und für sich schon ungesunden Räumen diese gesundheitschädliche Arbeit ohne jeden Schutz bei einem ganz armeneligen Verdienst machen. Die Gewerkschaft erhebt dagegen Einspruch, es foramt zu einer Regelung und die Arbeit wird in der Fabrik unter Vorrichtung besonderer Schugvorrichtungen (Staubabsauger) gemacht. Der Erfolg: Die Heimarbeiter laufen zu Pontius und Pilatus, sagen dem Verband an, daß er ihnen das Brot genommen hat, und versuchen die Schwindelchensarbeit wieder in ihr Heim zu bringen. Sie finden Unterstützung bei den Deutschnationalen und die Hege gegen die freie Gewerkschaft, die die Arbeiter vor Schaden — und sei es auch nur vor gesundheitlichem Schaden — bewahren will, hat eine ganze Reihe Schwierigkeiten zu überwinden.

In Offenbach sind die Arbeiter der Fabrik für die Edellederindustrie gut organisiert. Die Verdienste sind dadurch erheblich. So wird für eine Sorte lederner Handschuhe neben für das Duzend 12 M. gezahlt. Die Heimarbeiter sind unorganisiert. Ihnen gibt der Fabrikant diese Taschen und zahlt ihnen fürs Duzend ganze 4,80 M. (in Worten: Vier Mark achtzig). Das Weniger beträgt 7,20 M. und der Unternehmer spart noch die Kosten für Raumwärme, Heizung und Beleuchtung, dies trägt der Heimarbeiter noch von seinem Kammerverdienst. Daher die Liebe der Unternehmer für die Heimarbeiter. Wo die Heimarbeiter organisiert sind, sind bessere Verdienste zu verzeichnen. Die Tabakarbeiter haben sogar einen Tarifvertrag, durch den die Verdienste der Heimarbeiter geregelt sind. Die Verdienste stehen denen in der Fabrik nicht nach. In einigen Bezirken steht der Tarifvertrag der Tabakarbeiter vor, daß Heimarbeit mit 25 v. h. Zuschlag zu zahlen ist.

Die Ausstellungstendenzen der Ausstellung zeigten zum Teil Bemerkenswertes, die auf den ersten Blick als sehr annehmbar zu bezeichnen wären. Bei näherem Zusehen stellt sich aber heraus, daß die Sache noch einen Haken hat. Die Karte enthält den Vermerk, daß die Zahl der Gesamtsumme ist, von der nicht nur die Beiträge für die Sozialversicherung und die Steuern abzuziehen sind, sondern noch eine bedeutende Summe für Arbeitsmaterial, Raummiets, Heizung, Beleuchtung, Abnutzung der Maschinen und Gerätschaften, Maschinenöl, Kleben und was sonst noch aus der tausend kleinen Dinge sind, die in der Heimarbeit verbraucht werden, in Abzug gebracht werden müssen. So bleibt in Wirklichkeit einem Marktnachfrager Geigenbauer, dessen Verdienst auf der Karte mit 1 M steht, ein tatsächlicher Stundenverdienst von 17 (in Worten: siebzehn) Pfennigen.

Die Löhne in der allgemeinen Heimarbeit, also Arbeiten, die keinerlei besondere Kenntnisse oder Aufwendung erfordern, sind wahre Elendslöhne. Eine 31jährige Blumenarbeiterin verdient mit ihrer mühseligen Arbeit 3 1/2 in der Stunde. Ein 50jähriger Mann fabriziert Nebelhörner (die besten Kadantuten, die zum unentbehrlichen Gegenstand der „Volks“-Feste geworden sind) und verdient in der Stunde ganze drei Pfennige. Um leben zu können, müssen Frau und Kinder Tag und Nacht mit schuften. Der Durchschnittsverdienst der Heimarbeiter wird 10 S betragen.

Die Ausstellung hat gelehrt, daß die Besserung der Löhne auf das Wirken der Verbände zurückzuführen ist. An Stellen, an denen die Gewerkschaften stark vertreten sind und in der Lage waren, einen Tarifvertrag abzuschließen und den Abmachungen Nachdruck zu verleihen, stehen die Löhne bedeutend höher als dort, wo der Verband nicht vertreten ist. Die Tätigkeit der Fachauschüsse allein würde nicht genügen, denn selbst da, wo die Fachauschüsse Mindestsätze festgesetzt haben, wagen die Heimarbeiter oft nicht, sie zu fordern oder bei den Verwaltungsorganen durchzusetzen. Nur ein starker Verband kann die Durchführung der Tarifverträge und die Einhaltung der Mindestsätze gewährleisten. Auch hier etwas mit nachzuhelfen, war die Aufgabe der Ausstellung.

Heimarbeit wird nicht ganz zu befehlen sein. Erst in den letzten Jahren hat die durch die Inflationserwartung noch eine Erweiterung erfahren. Darum ist es notwendig, mehr denn je das Augenmerk auf dieses Gebiet zu lenken. Die Heimarbeit leidet ebenfalls schwer unter der wirtschaftlichen Ungunst und das ist in der Regel auch Ursache für die Fabrikanten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Heimarbeiter weiter zu verschlechtern. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die Vorgänge in der Heimindustrie zu verfolgen, denn die billigen Löhne der Heimarbeiter sind auch die Ursache für die Vernachlässigung des technischen Fortschrittes, und das darf nicht sein.

Die Zustände in der Heimarbeit sind keine aus schließlich Angelegenheit der Heimarbeiter, sondern sind Sache der Gesamtgewerkschaft, das hat die Heimarbeit-Ausstellung zu Berlin mit aller Deutlichkeit gelehrt.

Die Deutschen Orthopädischen Werte

Der Reichsverband der Chirurgie- und Orthopädiemechanik hat einzelnen Fraktionen des Reichstags eine Denkschrift überreicht, worin die Auflösung der Deutschen Orthopädischen Werte (DOW) verlangt wird. Die Werte sind im September 1921 unter Mitwirkung des Reiches gebildet worden. Während des Krieges waren für die einzelnen Bezirke Versorgungsämter eingerichtet, denen die Versorgung der Kriegsschädigten mit den nötigen orthopädischen Hilfsmitteln oblag. Der Bedarf solcher Hilfsmittel war stark gestiegen. Die Privatwerkstätten waren nicht in der Lage, diesen Bedarf zu decken. Soweit die Räumlichkeiten es gestatteten, wurden durch die Militärbehörden den Versorgungsämtern orthopädische Werkstätten angegliedert. Der Facharzt konnte dadurch unmittelbar bei der Herstellung mitwirken. Da diese Werkstätten nicht auf den Profit abgestellt waren, wirkten sie preisregulierend und verhinderten eine Überverteilung des Reiches, das die Kosten für die Hilfsmittel zu tragen hatte. Das brachte diesen Staatswerkstätten von Anfang an die Feindschaft der Privatunternehmer ein. Diese Feindschaft richtete sich in verschiedenem Maße gegen die DOW, in welche die Staatswerkstätten nach dem Kriege zusammengefaßt wurden, um sie nach kaufmännischen Grundsätzen weiter zum Nutzen des Reiches und der Kriegsschädigten fortzuführen. Das ist in erfolgreicher Weise geschehen.

Zunächst ist der Höhepunkt des Bedarfs an orthopädischen Hilfsmitteln überschritten. Die Aufträge vermindern sich, je mehr wir uns vom Kriege entfernen. Der Rückgang von Aufträgen ist die Ursache des verheerendsten Kampfes der Privatunternehmer gegen die DOW. In der Denkschrift, die auch in der Presse des Unternehmerverbandes ergehen sie sich in hülligsten Angriffen gegen die DOW, Angriffe, die sich auf Angaben ungenauer und deshalb für sich unzulässiger höherer Angestellter stützen und leicht widerlegt werden können. Doch das ist Aufgabe der Hauptverwaltung der DOW und es geschieht von dieser auch in nachdrücklicher Weise. Für uns ist dieser Kampf in erster Linie ein Kampf der Kriegsschädigten willen. Es ist unser Wunsch, daß die DOW in einwandfreier Weise bedient werden und deshalb diese bedürftigen, obwohl sie nach dem Versorgungsgebot das Recht der freien Wahl unter den Lieferanten haben. Wir sind jederzeit als Streikgeber bereit, weil wir wissen, daß bei dem festen Zusammenhänge der Privatunternehmer eine Auflösung der DOW sofort eine außerordentliche Verteuerung der Hilfsmittel bringen und damit die Reichsfinanzen belasten wird. Wir wenden uns schließlich gegen das Verlangen der Unternehmer nach der Angestellter und Arbeiter der DOW, die mit großer Hingabe und Fleiß eine vorzügliche Leistung aufweisen, und protestieren deshalb mit aller Schärfe gegen die Angriffe, die gegen das Personal in jener Denkschrift und dem Unternehmerfachorgan erhoben worden sind.

Stalienische Reisebriefe

Von Fritz Zimmer

III. Auf dem Wege zu einem Stadt.

Wie gewohnt bekannt, ist 1925 ein „heiliges Jahr“ der katholischen Christenheit. Es bringt den Gläubigen eine prächtige Bereicherung. Der in diesem Jahr nach Rom wallfahrt, dort betet, seine Sünden beichtet und sie bekennt und die vier Hauptkirchen der ewigen Stadt besucht, der lange Weg führt, dem sehr williger Sündenablass in Aussicht. Die Eintragung wurde 1300 vom Papste Bonifatius VIII. eingeführt. Nach seiner Jubeljahr sollte zum „heiligen Jahr“ nur alle hundert Jahre stattfinden. Doch wurde es 1550 für alle fünfzig Jahre, 1825 für jedes vierzigjährigen Jubiläum festgesetzt. Schon die Verabschiedung der Zeit von hundert auf fünfzigjährige Jahre zeigt erkennen, daß die Jubeljahr mit ihrem Sündenablass gar nicht weniger ist. In ersten Jubeljahr, 1300, sollen nicht weniger als 20000 Pilger in Rom gewesen sein. Wänter habe es immer gehalten, die Massen unter dem Weg zu bringen. Die Stalienische katholische natürlich Überreden mit, die sie am Ende des Jahres niederlegen. Verfügen der Schiffsfahrer behaupten, das „heilige Jahr“ habe der Kirche reich Erträge gebracht und alle Länder seien durch den Handel reich geworden. Jeder rechnet die Sünden ablass auf eine Million Pilger.

Die Bedeutung ist so ansehlich. Die große Bedeutung hat jetzt zwischen zwei Menschen, als eben. Nicht veränderlich. Die letzte Möglichkeit, das willigen Sündenablass teilhaftig zu werden, muß eine andere, nicht mehr durch den Weg zu kommen, auf das Schiff, das den Küsten entlang fährt, die mitunterliche Bergeschiffahrt oder gar die See mit dem Boot. Es sollen kein sehr unheimlich lange Zeit und sehr große Schiffe unterhalten werden. Der ewige Stadt zu. Wenn nicht alle künftige Pilger. Viel Lande gibt es, die die große Bedeutung mit ihrem kleinen Schiffahrt haben, um die Küsten der See zu fahren. Das ist nicht nur möglich, sondern auch sehr reichliche Angelegenheit und Arbeiter. Dar-

Diese letzteren Angriffe waren die Ursache zu einer Konferenz von Vertretern des Personals der DOW, die am 10. Mai im Volkshaus zu Leipzig stattfand. Sie war von 27 Vertretern der Betriebe in Altona, Augsburg, Berlin, Breslau, Dresden, Halle, Jena, Kiel, Königsberg, Leipzig, München, Nürnberg, Plauen und Weidau besucht. In einem Vortrag des Kollegen Birnbeck (München) wie in der Aussprache wurden die Angriffe des Reichsverbandes der Unternehmer als Ausfluß des Konkurrenzneides und in allen Teilen wahrheitswidrig gekennzeichnet und von den staatlichen Körperlichkeiten die Erwartung ausgesprochen, daß sie um der Kriegsschädigten willen des Reichsverbandes zurückweisen. Eine in diesem Sinne vorgeschlagene Entscheidung wurde einstimmig angenommen.

Die Konferenz beschäftigte sich dann mit der Frage der Typisierung und Normalisierung in der Orthopädie. Es liegt sicher im Vorteil der Kriegsschädigten die öffentlichen Kruppelfürsorge, daß eine Verbilligung und Verbesserung der orthopädischen Erzeugnisse, insbesondere der künstlichen Arme und Beine erreicht wird. Ein erheblicher Teil der Privatunternehmer legt jedoch der Lösung dieser Frage die größten Schwierigkeiten entgegen. Auf der Reichskonferenz der Chirurgiemechaniker und Bandagisten (1924 in Hamburg) ist zwar eine solche Lösung als notwendig anerkannt und eine Kommission eingesetzt worden, die Vorschläge für eine Vereinheitlichung ausarbeiten sollte. Geht es in der Privatindustrie nichts. Die DOW dagegen haben kennenzehnte Fortschritte aufzuweisen. Sie verwenden in ihren 40 Werken schon seit längerer Zeit einheitliche Typen und Normen. Diese müssen mit größter Genauigkeit hergestellt werden und sind deshalb wertvoller.

Schließlich fand eine sehr eingehende Besprechung über die Frage der Schaffung eines Reichstaxarfs für die DOW statt. Der Vorsitzende der Konferenz, Kollege Brandes (Stuttgart), führte namens des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der übrigen beteiligten freien Gewerkschaften eine Prüfung zu, bei der insbesondere festgestellt werden mußte, ob ein Reichstaxariff für die gesamte Branche der Chirurgie- und Orthopädiemechanik zu fordern und die Voraussetzungen dafür gegeben seien. Zu diesen Voraussetzungen gehörte in erster Linie eine geschlossen organisierte Kollegenschaft. Es sei Sache der Vertreter, in ihrem Wirkungsbereich daraus die richtigen Folgerungen zu ziehen. Dann würden auch die mancherlei Beschwerden, die mit Recht gegen die Hauptverwaltung der DOW oder einzelne Werkleiter in ihrer Stellungnahme zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen erhoben werden, beseitigt und Arbeitsverhältnisse in der ganzen Branche geschaffen, die, im Gegensatz zu heute, den Vergleich mit denen jeder anderen Branche bestehen werden.

Die dreifigste der Dreifigkeit

Die schwarze Liste wird mit vollem Rechte als die dreifigste der Dreifigkeit des Unternehmertums gebrandmarkt. Man stelle sich nur ihre Wirkung vor: Ein armer Teufel, der, sei es weil er anderwärts ein paar Dissen Brot mehr zu verdienen hofft oder weil er mit dem Vorgegeben nicht auskommt, verläßt den Betrieb, läuft von Stufe zu Stufe nach anderer Beschäftigung. Allerdings wird er, sobald er seinen Namen genannt, abgewiesen. Er setzt die Suche nach Arbeit und Brot tag- und wochenlang fort — ohne zu ahnen, daß er von einer Dreifigkeit von Fabrikanten hinterlistigermode mit einem Scheinzeug versehen wurde. Nur ein Unternehmertum, das die verführerische Schamlosigkeit ist, kann sich solcherart an Mitmenschen vergehen. Und da wagt man noch, den Arbeitern von einer Schicksalsgemeinschaft mit den Unternehmern zu schwätzen! Mit dem Abschluß der „guten alten Zeit“, das heißt der Monarchie, wollte es scheinen, als ob die Fabrikanten begannen hätten, mit dem Gebrauch von schwarzen Listen aufzuhören. Diese Annahme hat sich indessen als ganz irrig erwiesen. Die Dreifigkeit hört in der deutschen Fabrikantenwelt nicht auf, wie zahlreiche Belege dartun. Wir lassen heute nur einen einzigen folgen:

Nach Kenntnisnahme wegschließen oder verrichten! Arbeitgeberverein für das südbadische Westfalen.

Kundschreiben Nr. 44/24. Tgb. Nr. 214.

Unter Bezugnahme auf unser Kundschreiben vom Nr. 39/24 Tgb. Nr. 18 betr. 20 Arbeiter des Landhändler Walzwerkes, die zum 15. Mai, um Lohnforderungen durchzubringen, gekündigt hatten, teilen wir Ihnen mit, daß die beiden am 15. Mai ihre Papiere erhalten haben. Die Firma bittet nochmals dringend um Schutz. Wir bitten die Interessen der Firma zu wahren und keinen der im R. Sch. 39/24 genannten Arbeiter einzustellen.

Bei der Firma Gebr. Kemper in Döle haben wegen Nichtbewilligung außerordentlicher Forderungen die folgenden Arbeiter ihr Arbeitsverhältnis gekündigt:

(Es folgen die Namen von 5 Arbeitern.)

Bei der Stettensabrik in Umm traies aus demselben Grunde am 14. Mai 1924 folgende Arbeiter in dem Streit:

(Es folgen die Namen von 8 Arbeitern.)

Bei Mitten nichts zu unternehmen, was die Firma schädigen kann.

Bei der Firma Gustav Kramer & Co. Kundigen aus demselben Grunde folgende Arbeiter:

(Es folgen die Namen von 2 Arbeitern.)

Bei der Firma Stahl und Eisenwerke Döhner, Abteilung S. Döhner, haben folgende Arbeiter ohne Einhaltung der Kündigungsfrist und ohne Angabe von Gründen die Arbeit verlassen:

(Es folgen die Namen von 2 Arbeitern.)

Bei der Firma Wwe. Wilhelm vom Hagen, Herlohn, hat der Sieber... wegen Nichtbewilligung unberechtigter Forderungen ge-

kündigt. Bei der Firma Schapper, Herlohn, Kundigen die Schreiberin... und der Kopfschleifer...

Wir bitten um Schutz der genannten Firmen.

Hochachtungsvoll

Arbeitgeberverein für das südbadische Westfalen,

J. W. v. Wickenberg.

Mit diesem Beleg soll es sein Bewenden haben. Auf diesem Gebiete scheint sich besonders der Fabrikantenverein von Herlohn und Umgebung, für den ein Dr. Clewing als Geschäftsführer zeichnet, zu betätigen. Da über den Charakter solcher Kundschreiben kein Zweifel obwalten kann, muß die Frage an die Regierung gestellt werden, ob sie nicht auch dazu da ist, dem Arbeiter die durch Verfassung und Gesetz gewährleisteten Rechte zu wahren.

Albert und sein „Sozius“

Der Verlag der „Deutschen wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ hat zwei Schriften herausgegeben, die in Hunderttausenden — man läßt sich was kosten — der deutschen Arbeiterklasse nachgeworfen werden sollen. Die eine Schrift nennt sich „Arbeitsmarkt und Erhaltungspolitik“. Sie ist von einem gewissen Sozius geschrieben, der sich selbst als „alter Gewerkschafter“ bezeichnet. Der Verfasser der zweiten Schrift: „Was die Arbeiter über das Washingtoner Abkommen und den Achtstundentag nicht erfahren“ ist weit unvorzähliger und nennt seinen wirklichen Namen: Robert Albert, Dresden. Die Schriften sind auch uns meist von unbekanntem — aber eigentlich nur zu gut bekannten — Leuten mit Ankreidungen und der Aufforderung zugesandt, uns nun endlich einmal mit dem Inhalt zu befaßen, wenn wir den Mut dazu hätten.

Du lieber Himmel, wenn wir das Zeug nur lesen wollten, was in der Unternehmerrpresse gegen Achtstundentag und Washingtoner Abkommen abgelesen wird, müßte der Tag hundert Stunden haben. Früher mochte es noch einen Sinn haben, sich mit gegen den Achtstundentag gerichteten Schriften ernstlich zu befaßen, heute nicht mehr, denn die Frage des Achtstundentages ist zu seinen Gunsten entschieden. Gegen den Achtstundentag ist kein stichhaltiger Grund mehr anzuführen, es sei denn der, daß ein bestimmter Teil des Unternehmertums wettbewerbsfähig bleiben und reichlich Beute machen will, ohne von seiner geistigen, technischen und sozialen Minderwertigkeit zu lassen. So gut wie heute niemand mehr, vielleicht nur ein Narr noch bestreitet, daß die Erde eine Kugel ist, so gut wird kein Vernünftiger oder vom kapitalistischen Geistes Unbeschwerter die Möglichkeit und damit die Notwendigkeit des Achtstundentages bestreiten.

Nun bemühen sich zwei kleine Schreiberlein auf einmal, die unbestreitbare Tatsache wegzuschreiben. Der eine, der „Sozius“, verzucht das, indem er mittelst, daß wenn Deutschland seine Untere Schrift unter das Washingtoner Abkommen setze, seine Warenexport aufhöre, eine ungeheure Arbeitslosigkeit eintrete usw. Das ganze Register kapitalistischer Gelegenheitslagen wird von dem braven Sozius gezogen. Aber sein Zeitgenosse Albert kann es auch. Er weiß haarscharf nach, daß, wenn Deutschland das Achtstundentagsabkommen von Washington annehme, die andere Nationen sich ins Fräustchen lachen werden. Zum Beispiel weiß Albert — er sagt es wenigstens — ganz genau, daß Amerika das Abkommen überhaupt nicht annehmen wird, und so kommen dem beide zu dem Schluß, daß die deutsche Arbeiterklasse unbedingt von der „unheilvollen Idee“ des Achtstundentages und der Achtstündigen Arbeitswoche ablassen muß.

Wie oben schon gesagt, hat es heute keinen Sinn mehr, auf solches Zeug einzugehen, in dem vorliegenden Falle besonders nicht. Denn hinter dem „Sozius“, dem Verfasser der einen Schrift, steht niemand anders als der Herr — Emil Roth, in allen Gassen und feines untadeligen Charakters wohlbekannt. Das trifft auch auf seinen gegenwärtigen Schreiberkollegen Albert zu. Dieser irrlichste vor Jahren mal durch die Arbeiterbewegung, immer dem Rabulistikall, schaute in Wut gegen die „Revisionisten“ und bemüht sich jetzt — den Gewerkschaften seine profunden Erkenntnisse beizubringen. Wenn die beiden nach Bestung gelohnt werden, dürfte ihnen das Geld zum Salz mangeln.

Kampf der Kartelle gegen freien Wettbewerb. Auf dem deutschen Zinblechmarkt ist gegenwärtig ein harter Kampf zwischen den Zinblechhändlervereinigungen und den Außenhändlern. Die Außenhändler, die hauptsächlich ausländisches Material vertreiben, konnten 15 bis 20 billiger verkaufen als die obengenannten Händlervereinigungen. Nunmehr hat diese den Preis für 100 Kilogramm Zinblech von 98 auf 91 A ermäßigt, wodurch sie aber noch immer nicht den Preis der Wettbewerber von 85 A erreicht. Da sie mit dieser Preisermäßigung nicht aus dem Felde zu schlagen waren, soll der Kampf verschärft werden. Das Händleryndikat wird also den Preis seiner Produkte noch weiter herabsetzen. Außerdem ruft man nach der — Staatsgewalt, indem man für Zinbleche einen „ausreichenden Zoll“ fordert. Der Staat soll also nicht dazu beitragen, daß die Zinblechverbraucher zu billigem Material kommen, sondern daß das Monopol eines starken Händleryndikats auf dem Inlandsmarkt gewahrt bleibt. Außerdem hat man noch ein zweites Eisen im Feuer. Man will nämlich auf dem Wege internationaler Wirtschaftsvereinbarungen einen Ausgleich schaffen, das heißt, die Preise international so hoch zu setzen, daß ein „ausreichender Nutzen“ bleibt. Was aus der weiterverarbeitenden deutschen Industrie wird, die preiswerte Produkte zur Ausführung bereitzustellen und deutsche Arbeiter beschäftigen soll, das ist einem Händleryndikat vollständig gleichgültig. Wieder hohe Schutzzölle für Halbfabrikate oder internationale Kartelle, als lohnende Beschäftigung für deutsche Arbeiter und Herabdrückung des deutschen Preisniveaus. Deutscher Prozeß patriotismus!

unter welcher alte deutsche Handwerksart, dem es auf neue zu neuen untergeordneten Plätzen sieht, an denen er in seiner Jugend Reichtümer, damals als Mitglied des internationalen Freimaurerordens, erworben hatte. Die Koller waren lange Jahre durch Krieg und bürokratische Schindelderei in ihren nationalen Hürden gehalten. Nachdem sich die Grenzen wieder etwas geöffnet, strömten die Reichen wieder hinaus in die Ferne, in die Weite, um sich wieder neu zu betreiben zu können. Das ist sehr gut so. Besonders für die Arbeiter.

Die Mehrzahl der Romfahrer eilt jähmüde ihrem Ziele zu. Ein Punkt wenig Sinn zu haben für die geschäftlichen Stätten und prächtigen Wandermotoren, die rechts und links von ihrer Bahnlinie liegen. Das ist sehr zu beklagen. Gewiß ist Rom eine der lebenswichtigsten Städte des Erdballs. Aber an seinen Zugangstraßen liegen Stätten, die kaum weniger lebensfähig sind. Hier kommt man mit dem eingeborenen Velle, mit seinen Sitten und Gebräuchen näher als in dem großen internationalen Sammelbecken zusammen; hier kann man eher dem Herzog der Straße losgehen. Darum sollte man die Reizener Drie, wenn man ihnen so nahe zu schauen nicht vermag. Ist man erst einmal an ihnen vorbei, kommt man gewöhnlich nicht mehr zu ihnen zurück. Die ewige Stadt ist jetzt mit Ausländern überfüllt. In seinen Mauern, Straßen und Herbergen hört man alle Sprachen, selten die italienische. Gewiß können die Ausländer, auf italienischer Erde herdenweise zusammengequillt, eine unerschöpfliche Quelle der Erfahrung und des Spases sein; aber zur Vermeidung des Lebens und Lebens des italienischen Volkes eignen sie sich nicht. In diesem Besuche mag man sich etwas abseits der großen Fremdenstraße in die kleineren Drie folgen mit ihren wunderbaren Erinnerungen, Bäumen und einem noch unerschöpflichen Brunnenschlag.

Wichtiges von der angezeigten Fremdenstraße ist das Wandern und Schauen höchst reizvoll und ergebnisreich. Freilich benötigt man bei einer, wenn auch nur leidliche Kenntnis des Italienischen. In den Engpassstraßen kann man sich mit der Muttersprache sehr durchhelfen, anderwärts ist es schon schwerer, Deutschhörer zu finden. Mit einem Wort italienischer Katakomben läßt sich in den kleineren Orten

vorzüglich wuchern. Stillhaltende Opfer sind genug vorhanden. Der Angriff eines Mächtige-Gern-Sprachkundigen entfacht Spah bei allen Beteiligten minus Angreifer. Doch sollte er sich durch Mißgeschick nicht von weiterer Angriffen abhalten lassen. Beharrlichkeit führt auch hier zum Ziel. Nach ein paar Jahren nehmen die Mißgeschick bestimmt ab. Aber auch wer keine Votafeln nicht im Kopfe, sondern nur im Wädel oder Wörterbuch mitbringt, braucht nicht zu verzweifeln. Daß der bei den Italienern hochentwickeltesten Fähigkeit im Zeichnen kommt man mit ihnen schon ins Reine, wenn man ihnen auch zur gegenseitigen Unzufriedenheit. Wänter kann es einem härteren, daß ein Italiener, den man auf Italienisch anredet, Kopf schüttelnd erwidert, er verstehe außer seiner Muttersprache keine andere. Aberwärts ist, die allabendliche Döbchbeschaffung für den Sprachkundigen eine unangenehme Geschichte. Nicht so im Lande der Pittoren. Hier macht sich die Sache sozusagen von selbst, bringt oben drein weiß ganz nette Zwiegespräche und eine reiche Gelegenheit zum Studium von allem Möglichen: Der obdachbedürftige Fremdling bleibe einfach am Bahnhof stehen. Den Handwerker neben sich. Dann eine Postur, etwa wie Napoleon, also mit gekreuzten Armen und finstern Blick. Die Wirkung läßt sich bald sehen. In einigen Sekunden hängt der Handwerker an zu laufen. Sein Eigentümer natürlich hinterher. Nun folgt eine kurze Zeit recht lebhafter Unterhaltung mit einem Hotelnecht. Das verläßt der Weg. Bald landen alle drei, nämlich der Handwerker, sein Eigentümer und der Opferlicher des Hotels, in irgendeinem Gasthaus. Einmal da, bleibt man. Solch eine Zimmerbeschaffung kann allerdings mit etwas Lehrgeld verknüpft sein. Wenn so, dann muß man eben die Drie nicht mit 16 Pfennig ausrechnen. Immerhin, es kann nicht schaden, wenn man sich eine, wenn auch geringfügige Kenntnis der Fremdsprache verschafft. Das ist schon wegen der Beweglichkeit der Pittoren und der Auffrischung der deutschen Grammatik zu empfehlen. Um ganz sicher zu gehen, besorgt man sich einen Reisegefährten, der ebenfalls etwas mit der Fremdsprache gerungen hat. Um das komatodische Verhältnis nicht zu verpaßen, sollte jeder ohne weiteres annehmen, daß der andere die fremde Mundart am besten kann. Überdies gibt ein solch gegenseitiges Vertrauen eine überlegene Ruhe, viel Mut und

Frankreich bestimmt die Eisenpreise

Vor dem Krieg erzeugte Deutschland das billigste Eisen. Ein Blick über die Entwicklung der Eisenpreise seit Beginn dieses Jahrhunderts zeigt, daß sowohl die Preise für deutsche als auch für französische Eisenwaren in den letzten Jahren in einem Maße an den Preisen der anderen Länder lagen, die in umfangreichem Maße Eisen erzeugen. Am niedrigsten waren die Preise im Saargebiet. Ein Unterschied ergab sich nur im Inflationsjahr 1923, wo die deutschen Preise über die belgischen hinausgingen und beinahe an die französischen heranreichten. Die niederen Preise waren der deutschen Eisenindustrie möglich, weil sie niedrigere Löhne bezahlte als andere Länder, ihre technischen Einrichtungen in umfangreichem Maße ausbaute und weil sie lothringische und luxemburgische Minette zur Verfügung hatte, deren Selbstkosten sehr gering waren. Eine Übersicht in Stahl und Eisen (45. Jahrgang Nr. 19) über die Stabeisenpreise in fünf Ländern gibt lehrreichen Aufschluß über die Preisbewegung. Wir entnehmen folgende Zahlen. Die Angaben betreffen Jahresdurchschnittspreise für Stabeisen, umgerechnet in Goldmark für die Tonne zu 1000 Kilogramm.

Jahr	Deutschland	Frankreich	Vereinigte Staaten von Nordamerika	England	Belgien
1905	111,—	144,—	146,82	124,45	110,—
1908	106,60	158,—	188,—	183,20	115,—
1909	102,10	189,—	122,25	121,70	105,—
1910	112,10	148,—	182,45	125,70	111,—
1913	109,50	161,—	128,75	159,60	122,—
1914	99,—	150,—	107,45	143,—	99,—
1922	118,55	169,20	159,80	161,60	186,—
1923	168,40	169,15	216,80	199,75	152,—
1924	128,50	126,45	203,75	184,55	127,—

Frachtgrundlage Oberhausen

Der Verlust Elbst-Lothringens hat die Stellung Deutschlands auf dem Eisenmarkt verschoben. Die technisch vollendet ausgebauten lothringischen Gütenwerke und die Minette-Erze Luxemburgs und Lothringens stehen jetzt der französischen Eisenindustrie zur Verfügung. Diese Vorteile sichern der französischen Industrie ihre zurzeit einzig dastehende Wettbewerbsfähigkeit.

Die Eisenpreise in den Monaten März und April dieses Jahres gestalteten sich wie folgt (Preis je Tonne in Goldmark):

	März	April
Deutschland, ab Oberhausen	134,—	138,—
Frankreich, ab lothringische Werke	116,60	115,70
Belgien	125,15	124,—
England	185,—	185,—
Vereinigte Staaten v. Nordamerika	194,50	188,—

Die niederen Angebote Frankreichs auf dem Eisenmarkt haben besonders in Amerika, Deutschland und England Veranlassung gegeben, von einem französischen Dumping (Unterbietung) zu reden. Der niedere Preis ist mit der Franzosenwertung erklärt worden. Diese hat sicherlich zu den billigen Angeboten auf dem Weltmarkt beigetragen. Ausschlaggebend ist dies nicht. Frankreich besitzt durch seine jetzige Erzeugnisse ein dauerndes Übergewicht über die anderen Länder. (Was Licht ist, ist auch Schatten. Frankreich fehlt harter Koks für die Eisenerzeugung. Schriftl.) Auf lange Zeit steht der französische Eisenindustrie die deutsche Reparationskoste zu billigen Preis zur Verfügung und die französischen Güten genießen manche Vorteile, die zumindest der deutschen Eisenindustrie abgehen.

Die erhebliche Erweiterung der französischen Eisen- und Stahlproduktion drängt nach Absatzgebieten, das eigene Land kann die erhöhte Erzeugung nicht aufnehmen. Frankreich hatte am 1. April 23.185 Hochofen im Feuer und 47 im Bau oder in der Ausbesserung. Außer Betrieb waren nur 37.

Alles trägt dazu bei, den Eisenpreis niedrig zu gestalten, und die französische Schwerindustrie könnte sich das geschichtliche Verdict erwerben, für lange Zeit die Preise des Festlandes und die Ausführpreise in mäßiger Höhe zu halten. Aber das ist ein Traum. Auch den französischen Eisenherren geht der Gewinn über alles, und sie beilegen sich genau wie die deutschen Schwerindustriellen an den Plänen zu einem europäischen Eisenkartell, um den Markt unter sich zu verteilen, den gegenseitigen Wettbewerb auszuschalten und die Eisenpreise auf dem zugewiesenen Markt nach eigenem Wunsch zu bestimmen.

Rückständige Löhne in Rußland

Mit der pünktlichen Auszahlung der Löhne ist es in Rußland noch immer schlecht bestellt. Sie ist, wie die Informations Sociales ausführen, eines der hauptsächlichsten Kennzeichen der Steigerung des Arbeiterertrages und dadurch der Entwicklung der Warenherzeugung überhaupt. Mit der schlimmsten Sache beschäftigte sich auch der Kontrollausschuß der kommunistischen Partei Rußlands im Januar. Der Bericht wurde ein Bericht unterbreitet (Trud vom 28. Januar 1925), dem die folgenden Angaben entnommen sind:

	Gesamtsumme der rückständigen Löhne in Tschernomysch-Rubel	Durchschnittsertrag des Lohngrundes je Arbeiter in Tschernomysch-Rubel
Juli 1924	3610000	21,62
Oktober 1924	2880000	16,11
Dezember 1924	1728000	13,53
Januar 1925	2370000	18,42

Zuversicht, alles Dinge, wovon man auf der Reise ja nie genug haben kann. Damit diese nützlichen Dinge recht lange vorrätig bleiben, trachte man, daß jedem die Probe auf seine Sprachkenntnis möglichst lange erspart bleibt. Andernfalls bekommen Ruhe, Mut und Zuversicht einen mächtigen Knacks und die Reisefreudigkeit einen Stich ins Kräfte. In Bologna gestülte es uns, nach unserer Zug zu fragen — auf Italienisch, versteht sich. Mein Reisekollege, der sich die Auseinandersetzung mit dem Eingeborenen als Sondergebiet vorbehalten hatte, machte sich die zu stellende Frage gehörig zurecht. Ihre Richtigkeit wurde, um ganz sicher zu gehen, durch mehrmaliges lautes Aussprechen geprüft. Nachdem so jeder Zweifel zerflüht, gingen wir gemeinsam auf den ersten Bahnbeamten los. Der Angegriffene starrte uns einen Augenblick verdutzt an, sagte sich aber gleich wieder und erwiderte freundlich: Vorn rechts! Darob an diesem behörig, riefen wir ein in den Zug vorn rechts. Er fuhr bald ab. Nach einer guten Stunde fuhr er wieder zurück, daß der Beamte statt rechts eigentlich links hätte sagen sollen. So eine kleine Verwechslung kann einem Ausländer schon unterlaufen. Soll es doch sogar in Deutschland heute geben, die rechts und links verwechseln. Dies gehört indessen nicht mehr hierher.

Wie gesagt, man habe nicht an den kleineren Orten oder Städten vorbei. Das Mehr an Unbehagen, was es hier geben mag, wird reichlich ausgewogen durch das Mehr von Freude und Erfahrung. Wer beispielsweise vom Bremmer her das Land der Zitronen betritt, der sollte nicht verkommen, in Vogen abzuschauen. Dieses alte, deutsche Städtchen ist von der lieben Sonne wie von der Segensnatur sehr begnadet. Hier steht der Fremdling, dem im kalten Nordland die Lebenslust schier eingustrieren drohte, die ersten Palmen und Wandelbäume und wohlbedeckte Pfostenstämme. So feierlich wie die Natur sind die Menschen. Wenn man mit ihnen durch die engen, krummen Gassen streift und die tiroler Mundart an Ohr, an die Seele schlagen läßt, wird es einem warm ums Herz. Man glaubt sich in jene angenehme Zeit versetzt, von der die Kleinbürgerliche Großmutter der Jugend erzählte.

Im Bogener Wagenhäufel. 's ist kein allmächtiger Beigel, Da sei beim Standquartier. Manch Wadern trifft du hier.

Der Zustand scheint sich, wenn man dem Vorstehenden des obersten Wirtschaftsrates glauben darf, nicht zu bessern. Nicht nur im Bergbau und in der Metallindustrie, auch in vielen andern verarbeitenden Gewerben wird der Lohn recht unregelmäßig gezahlt. Der staatliche Ruderstrick schuldet im Oktober 1924 seinen Arbeitern 5.806.826 Rubel, am 1. Januar 1925 5.805.000 Rubel, das sind 35,8 Rubel je Arbeiter oder ungefähr ein Monatslohn. Die Lage der Kopfarbeiter ist noch schwieriger. So bleiben beispielsweise die Ärzte, Lehrer und Landwirte verschiedene Monate ohne Gehalt. Allgemein gesprochen, macht in der Industrie die Verzögerung der Lohnzahlung zwei Wochen bis zweieinhalb Monate aus, wenn sie nicht gar zwei, ja selbst drei Monate erreicht.

Als hauptsächlichste Ursachen der Verzögerung werden genannt, der Staat begliche sehr unregelmäßig die Rechnungen der Industrieunternehmungen; verschiedene Industriegruppen erzeugten mehr, als vom Staate genehmigt sei, ohne Gewißheit für den Absatz zu haben; andere Industriegruppen verwendeten die Lohngehälter zur Entwicklung der Produktion.

Um dem Mangel an dem notwendigen Gelde für die Lohnzahlung abzuhelfen, haben gewisse Unternehmungen Guldscheine eingeführt, die gegen Waren bei den Konsumgenossenschaften eingelöst werden können. So zählt zum Beispiel die Verwaltung der Kohlenwerke im Dongebiet den Lohn bis zu 60% in solchen Guldscheinen aus. Unglücklicherweise sind die Genossenschaften infolge der Unzulänglichkeit der Vorräte oft außerstande, den Arbeitern die benötigten Waren zu liefern. Die Arbeiter sind dadurch gezwungen, mehrere Monate zu warten, bis sie die Guldscheine einlösen können. Da man aber leben muß, werden die Guldscheine unter Verlust losgeschlagen oder gegen weniger wertvolle Waren bei den Genossenschaften umgetauscht. Das kommt einer Verminderung des Reallohnes gleich.

Dem Kommunisten für das Verfehlene ist ein Fonds zur Verfügung gestellt für Bezahlung der Bestellungen, die es dem staatlichen Unternehmen der Metallindustrie gemacht hat. Da jedoch diese Maßnahme ungenügend ist, machen sich die betrieblichen Folgen des Zustandes immer mehr fühlbar. Da die Arbeiter keinerlei Interesse haben, den Arbeitsertrag zu steigern, gehen sie häufig in Privatunternehmungen arbeiten, um ihren Kassenbestand etwas aufzubessern. In der Koks- wie in der Metallindustrie ist ein Drittel der verloreneren Arbeitskräfte jetzt plötzlichem Abgang zuzuschreiben, und daraus entspringt ein Rückgang der Produktion. Aber nicht bloß die Menge, auch die Güte der Erzeugnisse leidet unter den Missetaten, die der Verzögerung der Lohnzahlung entspringen. Die Unzufriedenheit der in den Staatsbetrieben Beschäftigten wird noch durch die Tatsache gestärkt, daß in der Privatindustrie die Löhne 50 bis 100% höher sind und regelmäßig gezahlt werden.

Nach dem Vorstehenden des Kontrollausschusses stellt die Verzögerung der Lohnzahlung nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Gefahr dar. Die Genossenschaften leiden durch den Stand der Dinge und in bestimmten Fällen ist die Summe der entrichteten Beiträge um 30 bis 40% zurückgegangen.

Unterbindung der Kohlenvergeudung

Wiederholt ist in den letzten Monaten von der internationalen Kohlenkrise berichtet worden. Das heißt, die Halben aller Länder sind überfüllt, weil es an Abnehmern fehlt. Die Bergleute haben mehr geschaff, als der Markt braucht. Deshalb werden nun die überflüssigen aus Brot und Arbeit entlassen, werden sie befristet, weil sie zu viel erzeugen. Das ist nun einmal so in der besten aller Gesellschaftsordnungen, der kapitalistischen nämlich.

In England ist diese Art von Kohlenkrise ausnahmsweise schlimm. Letztes Jahr wurden dort 24.843, 1924/25 gar 139.375 beschäftigungslos Bergleute gezählt. Als Ursache der so gewaltig angeschwollenen Beschäftigungslosigkeit wird die Schwerverfügbarkeit der englischen Kohle angegeben. Wenn es gelänge, meinte der Arbeitsminister jüngst im Unterhaus, den Tonnenpreis nur um 2% Schilling zu vermindern, könnten die verloren gegangenen Märkte wieder gewonnen werden. Diese Meinung ist nicht gerade neu. Aber immer haben die Bergwerksunternehmer erklärt, daß bei diesen Betriebsumtufen und Löhnen an eine Herabsetzung des Preises nicht zu denken sei.

Fast am gleichen Tage, wo der Minister im Unterhaus seine Rede über die Kohlenkrise hielt, unterbreitete Mr. David Brown die der Mandleyer Geological and Mining Society einen Vorschlag erregenden Vorschlag zur erheblichen Verbilligung der englischen Kohle. Danach können die Beiden von ihrem 1 1/2 Millionen Tonnen betragenden Eigenverbrauch mehr als 6 Millionen Tonnen ersparen durch Heizung ihrer Kessel mit pulverisierter Kohle. Ein noch bedeutend größerer Gewinn erwachse aus der Verbilligung bei niedriger Hitze. Nach Brownlie kann England mit Leichtigkeit 40 bis 50 Millionen Tonnen jährlich sparen durch Verbesserung der jetzigen Verbrennungsweise. Die Industrie vermöge ihre Gewinne erheblich dadurch zu steigern, daß sie die Kohle in leistungsfähigen rauchlosen Brennstoff umwandelt, wofür verschiedene Verfahren vorhanden seien. Auf diese Weise würden auch nicht mehr die so überaus wichtigen Nebenprodukte durch den Schornstein weggeworfen, sondern für nützliche Zwecke gewonnen. Ganz abgesehen davon, daß dann die Rauchplage, die jährlich einen Schaden von 40 Millionen Pfund verursacht, beseitigt werde.

Dem Vorschlag des Mr. Brownlie fügt die Daily News, der wir das obige entnommen, folgendes bei: Es ist gewiß, daß sich die Bergleute sehr eingehend mit der großen Wichtigkeit der Löhne und Arbeitsbedingungen befaßt haben, und es ist gleichwohl gewiß, daß die Beschäftigten der Bergleute die Grundgesetze von den Arbeitslohn und dem deutschen Wettbewerb erzählt haben. Haben aber beide Seiten solche bestimmte Vorschläge irgendwie gemacht oder besprochen, wie wir sie hier erwähnen, um die Industrie wissenschaftlich und handelsmäßig leistungsfähig zu machen? Nach fast fünfjähriger geschäftlichem Kesseltand und öffentlicher Klageret scheint es nunmehr an der Zeit, sich an die Aufgabe zu machen.

Dies wahre Wort, das ich an einer Tür des Wagenhäufel fand, paßt fürs ganze Städtchen. Seit der Weizung Sibiritis durch die Italiener ist das Dafein der 150.000 Südtiroler sehr trübe geworden. In allen von der Fremdherrschaft heimgekehrten Orten, besonders aber in Vogen, macht sich italienisches Militär und eine laub- und sprachfremde Bürokratie breit. Zu beiden haben sich, um die Qual voll zu machen, die Faschisten gestellt, die mit Revolver, Knüttel und Mignusschläge den wiedergefundenen Brüdern die Liebe zu ihrem „neuen Vaterland“ beibringen trachten. Zwar hatten die Tiroler auch unter der haßburgischen Duldämmeret keine rosigen Tage; immerhin konnten sie der Sitt und der Sprache der Väter leben, ohne bezwungen mitzuarbeiten zu werden. Wie wenig doch die Lehren der Geschichte beherzigt werden! Die Faschisten scheinen die elst-lothringische Erfahrung der wilhelminischen Bürokratie nicht zu kennen, nicht zu wissen, daß deren namenlose Beschränktheit Deutschland die zwei reichen deutschen Provinzen gekostet hat. Sollten die Faschisten in Tirol glücklicher sein? Die Menschheitsgeschichte hätte jeden Sinn verloren.

Nicht weniger dringend ladet Bologna zum Schauen ein. Bei meiner Ankunft sah ich nun allerdings nicht so aus. Es war schon spät abends. Müde von der langen Fahrt und hungrig spähten wir nach einer Weile. In einer Kneipe am Bahnhof kamen wir Hungertigen nicht auf unsere Kosten. Wir helzten darum auf Gerabewohl umher. Wo nur Bologna, das schöne, eigentlich ist? Da, mit einem Male, öffnet sich zur Rechten eine von vierstöckigen Steinbauten gebildete Straße. Die beiden Fußsteige mit hohen Randbänken völlig überdeckt. Welt hinten blitzen grelle Lichter. In ihrem Schein schienen sich Menschenmassen hin und her. Sie weiter wie die Prachtstraße entlang hatten, desto heller das Licht, um so zahlreicher die Menschen. Reich ausgelegte Schaufenster, blitzsaubere Konditoreien und gut besetzte Kaffeehäuser. Schließlich ein ausgebeuteter Platz, ein wahres Kleinod städtischer Baukunst. Auf den Fußsteigen lange Reihen Kaffeehäuser. An Gassen mangelt es nicht.

Bei einer Tasse Schwarzem beschauten wir gemächlich die fremdartige, überaus anmutige Welt um uns herum. Die Jugend, besonders viel weißliche, genöß die milde Frühlingsnacht. Die Weißlich-

Die schwedischen Metallarbeiter im Jahre 1924

Der Schwedische Metallindustriearbeiter-Verband ist auf dem Wege, sich von den Nöten, die die letzten Jahre auch über die schwedischen Gewerkschaften gebracht haben, zu erholen. Das Jahr 1921 mit seiner großen Arbeitslosigkeit war das schlimmste Jahr. Auch 1922 hatten die Gewerkschaften schwer zu leiden. 1923 kamen die ersten Anzeichen der Besserung. Diese hielt 1924 hindurch an. Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Jahres 65.331, am 31. Dezember 63.359, davon 2269 Frauen. Über die Lohnbewegungen und Kämpfe liegen noch keine abschließenden Zahlen vor, indessen steht jetzt schon fest, daß beide mindestens ebenso lebhaft waren wie in früheren Jahren. Gleich zu Anfang des Jahres gab es Verhandlungen um einen neuen Vertrag. Dieser wurde auch abgeschlossen und gleich mit Ausnahme einiger Verbesserungen dem alten Vertrags. Die Verhandlungen in der Schwerindustrie blieben zunächst ergebnislos, wurden jedoch später wieder aufgenommen und führten auch zu einem Ergebnis, das nach der damaligen Lage der Dinge als das bestmögliche erschien. Die dritte landesumfassende Bewegung war die der Kohler. Diese kam erst 1925 beim Abschluß der Großhausperrung zur Erledigung. Die übrigen Bewegungen hatten nur örtliche Bedeutung. Der Verband hatte 15 Streiks zu führen und war an 12 Streiks anderer Organisationen beteiligt. Ferner waren 7 Ausperrungen durchzuführen. D.

Kommunistisches aus der Tschscholowatei

Die Verhältnisse in der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung der Tschscholowatei verwirren sich immer mehr. Die Gewerkschaftspolitik war allerdings überhaupt nie klar: einerseits waren die Kommunisten bestrebt, eigene Gewerkschaftsverbände zu errichten, andererseits forderten sie ihre Anhänger auf, in den „reformistischen“ Verbänden zu bleiben. Aber nicht einmal bei der Errichtung eigener Verbände kam es zur Aufstellung einheitlicher Richtlinien. Die Vereinigung verschiedener selbständiger Verbände mit der kommunistischen Zentrale, dem Internationalen Allgemeinen Gewerkschaftlichen Verband, wurde zwar von Moskau diktiert und sollte bis zum 16. Februar vollzogen sein. Tatsache ist jedoch, daß die Vereinigung nicht erfolgt ist, trotzdem auf dem letzten Kongress der Reichsbeweger Textilarbeiter festgelegt wurde, daß die Bezirke der kommunistischen Parteizentrale „unter allen Umständen von jedem Kommunisten respektiert werden müßten, auch wenn sie ihm nicht richtig erscheinen“.

Das Selbstamt der Tschscholowatei ist im Beschlusse des politischen Büros auf die Notwendigkeit der Schaffung kommunistischer Zentren in den roten Gewerkschaften hingewiesen wird. Damit ist der Gipfel erreicht. Denn durch die kommunistischen Zellen werden die kommunistischen Gewerkschaften selbst zerlegt.

Der neue Geist in Mexiko

Mexiko verdammt seiner Arbeiterregierung große Verbesserungen. Die Ausgaben für Armee und Flotte wurden um ein Drittel verringert, von 130 auf 87 Millionen Pesos herabgesetzt. Die noch übrigen Streitkräfte werden hauptsächlich für öffentliche Arbeiten verwendet. Auf diesem Gebiete haben auch verschiedene Landbau-genossenschaften der Regierung ihre Mitarbeit zugesagt und es sind bereits große Pläne für den Bau von Verbindungswegen ausgearbeitet worden. Bekanntlich hat die mexikanische Regierung auch beschlossene, ihren Gesandtschaften in Washington, Berlin, Paris, Buenos Aires und den mittelamerikanischen Staaten Arbeiter beizuzuernten. Militär- und Marineattachés sind abgeschafft worden.

Angesichts der neuen Verhältnisse entwickelt sich auch die mexikanische Arbeiterbewegung in erfreulicher Weise. Kürzlich ist eine Gewerkschaft der Staatsarbeiter gegründet worden, in deren Statuten ausdrücklich festgelegt wird, daß die Organisation das Ziel verfolgt, die Idee auszuführen, wonach die Staatsbeamten einer Art überparteilichen Mittelklasse angehören, während sie in Wirklichkeit auch nur Lohnarbeiter sind, die ihre Arbeitskraft verkaufen. Bemerkenswert ist die Stellungnahme der mexikanischen Regierung bei einem kürzlich durchgeführten Streik des Transportpersonals der Stadt Mexiko: Da die in Betracht kommenden Gewerkschaften sich weigerten, die Berufsorganisationen anzuerkennen, griff die Regierung angesichts der unverhältnismäßigen Haltung der Arbeitgeber selbst ein, richtete ein in scharfen Ausdrücken gehaltenes Schreiben an die Gewerkschaften und forderte sie dringend auf, den Streikfall binnen drei Tagen zu beendigen, was zur Folge hatte, daß die Forderungen der Arbeiter in der gegebenen Frist bewilligt wurden.

Die überkapitalisierte Schwerindustrie müncht das Betrüben

Während in Genf die Tagung über den privaten Waffenhandel stattfand, sind die Schwerindustriellen Englands und Frankreichs an der Arbeit, ihre Waffenlieferungen an ausländische Länder zu erweitern und rufen dafür die Hilfe ihrer Regierungen an. Das größte schwerindustrielle Unternehmen Englands, der Vickers-Konzern, fordert von der Regierung „günstige Beurteilung von Gesuchen um Anleihen befreundeter Staaten auch für Russland“. Mit anderen Worten: die englische Regierung soll anderen Staaten für Waffenlieferungen zu Küstungszwecken, die bei englischen Firmen abgegeben wurden, Anleihen bewilligen beziehungsweise ihre Bewilligung durch die Banken befürworten. In der französischen Zeitschrift Revue des deux Mondes schreibt ein Vertreter der Schwerindustrie: „Wenn man es fertigbringen würde, wie viele es erträumen, den länderlichen Zustand eines europäischen Friedens zu verwickeln, oder wenn auch nur einige Länder, etwa Frankreich, diese gefährliche Situation beugen würden, so würden die Absatzquellen für Stahl und Eisen zu militärischen Zwecken außerordentlich gesteigert werden.“ Wir sehen deutlich, wohin der Weg der gegenwärtigen Industrieorganisation führt. Angesichts der geringen Konsumfähigkeit der Völker besteht eine ständige Überproduktion an Eisen und Stahl, die die Schwerindustriellen nun zu Kanonen für neues Blutvergießen verwenden möchten.

leit forderte die Kritik und sachmännisches Urteil geradezu heraus. Vor allem plapperte sie sehr laut und sehr geschwind. Dann war sie von unten her sehr leicht berührt, von oben her für diese milde Witterung zu schwer bepelzt. Ob solch kritischer und anderer Betrachtung hatten wir vergessen, daß wir hungrig und müde waren. Es dünkte uns schließlich an der Zeit, nach einer Herberge zu spähen. Aber, so ist es immer, wenn man eine bringend braucht, ist keine da. Na endlich, an einer Piazza, hinter einem Denkmal, ein sehr ansehnliches Haus. Es empfing unsern Stand, ob aber auch unsern Geldbeutel, schien uns recht fraglich. Doch zu Mitternacht kann man sich nicht auf eine Erörterung schwieriger Finanzfragen einlassen. Wir stolperten hinein und wurden recht freundlich willkommen geheißen. Waren wir in London oder in Vuffel zu solcher Stunde ohne jedes Gepäd in ein Haus hineingeschnelt, wir hätten bestimmt kein Zimmer bekommen. Wie das Aufgere, so hieß uns auch das Innere des Hotels eine allzu starke Befragung der Ferlentasse befürchten. Um die Unmöglichkeit möglichst schnell loszuwerden, ertümdigte ich mich am andern Morgen gleich nach der Rechnung. — O, mit der Rechnung hats keine Gibe, wehrte der Wirt ab. — Wie, ein Wirt, der meint, mit dem Geld-einfachen habe es keine Gibe? Armer Ven Aliba! Jedemfalls, die Sache kam mir nicht ganz loscher vor. — Ja, drängte ich von neuem, wir wollen doch fort und schlafen. — Bravo, um Sie das nur, essen Sie erst tüchtig, Sie werden Hunger von der Reise haben. — Richtig, aber wir wollen dann gleich in die Stadt gehen. — Na also, dann kommen Sie auf dem Wege zum Bahnhof herein, ich mache inzwischen die Rechnung fertig. — Nichts zu machen, der Mann wollte eben kein Geld haben. Er ließ uns wildberstend Menschen-tätiglich ohne Zahlung aus dem Hause. — Ob er sich geniert wegen seinen Pressen? meinte mein Kollege. So schien es in der Tat. Nach einer Stunde lehrten wir wieder zurück, auf eine sehr gelagere Rechnung gefaßt. Trauten wir unsern Augen? Nachquartier für zwei Personen mit Heizung, Beheizungsgeld und Steuern nur 23 Fre, also etwa 375 Pfennige. In Deutschland hätte das fast dreimal mehr gekostet. Die Moral von der Geschichte: man soll nicht aus-nahmsweis misstrauisch sein, wenn man mit einem Fremden Bekanntschaft und Vertrauen findet.

Aus dem Reichstag

Bei der Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums wies Minister Dr. Neuhaus darauf hin, daß es sich bei dem Reichstag vorgelegten Zolltarifen nur um eine vorläufige Regelung handle, weil erst die Ausgestaltung der ausländischen Tarife abgewartet werden müsse. Ein Teil der wirtschaftlichen Gesetzgebung der Krieg- und Nachkriegszeit solle abgebaut werden, doch soll damit der notwendige und wirksame Schutz der Verbraucher nicht preisgegeben werden. (1) Eine Senkung der Kosten im Bereiche der Gütererzeugung und Güterverteilung sei ein erstrebenswertes Ziel, das bei der Gestaltung der Frachttarife und bei der Umgestaltung der Steuererhebung berücksichtigt werden müsse. Den einzelnen Ländern sei der Entwurf einer Reichshandwerksordnung zur Beratung vorgelegt, und auch der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes sei bereits fertiggestellt. Der Entwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat werde schon in nächster Zeit zur Erörterung stehen. Der neue Reichstag werde dem Bedürfnis nach sachkundiger Arbeit unter starker Herabsetzung der Mitgliederzahl entsprechen.

Es fand eine sehr umfangreiche Aussprache statt, in der allerlei Wünsche, Beschwerden und Anregungen zutage traten. Der frühere Reichswirtschaftsminister, Genosse Robert Schmidt, machte folgende Ausführungen: Wir fordern die Errichtung eines Kartellamts, das gegen die Ausschreitungen des Kartellwesens vorgeht. Schon heute gibt die Kartellverordnung der Regierung wesentlich Nachbegründungen, aber davon hat sie bislang so gut wie keinen Gebrauch gemacht. Das Kartellamt, das wir Sozialdemokraten verlangen, soll losgelöst sein vom Ministerium, damit es keinerlei Rücksicht zu nehmen braucht auf die wirtschaftlichen Kreise, die mit ihren starken Machtmitteln rücksichtslos ihre Sonderinteressen wahrnehmen. Von den Maßnahmen zur Hebung des Handwerks versprechen wir uns keinen durchschlagenden Erfolg, weil die kapitalistische Entwicklung das Handwerk bedroht und schädigt. Allerdings besteht noch immer die Möglichkeit, die handwerklichen Betriebe leistungsfähig und damit lebensfähig zu machen. Diese Bestrebungen werden wir unterstützen. Es handelt sich hier, neben gesetzlichen Maßnahmen, besonders um die genossenschaftliche Selbsthilfe, um Einkaufs-, Absatz- und Kreditgenossenschaften. Betreffs des Hausierhandels, des Markt- und Messerwesens stehen wir auf dem Standpunkte, daß allen Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen das gleiche Recht auf Erwerb zuzustehen muß.

Der Vertreter der Bergarbeiter, Genosse Husemann, führte aus: Die Arbeitslosigkeit im Bergbau nimmt immer mehr zu wegen der mangelnden Beschäftigung unserer Wirtschaft und weil die Kohle vielfach durch Wasserfracht ersetzt wird. Deshalb sind wir aus einer Kohlenknappheit in einen Kohlenüberschuß hineingekommen. Allerdings soll nach dem Gesetz die Kohlenwirtschaft einen gemeinwirtschaftlichen Charakter tragen, aber die privatwirtschaftlichen Einflüsse im Kohlenbergbau sind noch viel zu stark. Trotz der Abhängigkeitsverhältnisse wird im rheinischen Braunkohlenbergbau mit Hochdruck gearbeitet. Das Kohlenprodukt hat eine Einschränkung der Kohlenförderung in Aussicht genommen. Den eingeschränkten Betrieben wird eine Entschädigung gezahlt, aber die Arbeiter und Angestellten, die entlassen werden, gehen leer aus. Es handelt sich hier um mehr als 50 000 Personen. In der englischen Arbeitswoche werden nur 5 Schichten gefahren, das sollte man auch bei uns in Deutschland einführen. Statt dessen werden bei uns vielfach Überstunden gemacht. Eine höhere Unterstützung der Arbeiter und der Bergarbeiter ist dringend erforderlich, um das Massenelend nicht noch mehr anzuheben zu lassen. — Diese Ausführungen wurden noch ergänzt und unterfüttert durch andere Redner, die die Ungleichheit der Behandlung und der Entschädigung zwischen Erwerbslosen und Erwerbsunfähigen geißelten.

Bei dem Vortrage „Statistisches Reichswort“ wurde das Fehlen einer umfassenden und zuverlässigen Produktionsstatistik bemängelt. Der vom Reichsamt erregnete Lebenshaltungsindeks entspricht nicht der Wirklichkeit. Er berechnet die Konsumpreise zu hoch und sehr für die Berechnung der realen Preise die minderwertigen Waren ein. Auch eine genaue Statistik über die Zahl und die Lage der Heimarbeit und Heimarbeiterrinnen wurde gewünscht. Der Vertreter der Textilarbeiter brachte Beschwerden vor über den Mißbrauch der Macht der Kartelle zum Schaden der kleinen und mittleren Betriebe. Die Kartelle üben gegenüber den Organisationen des Handwerks und der Verbraucher einen ungeheuren Druck aus. Die Großindustriellen, geküßt auf ihre Kartelle, versuchen auf Veranlassung des kartellierten Großhandels den Verbrauchergemeinschaften, u. a. auch der Großkaufmannsgesellschaft deutscher Kaufmännervereine, den Bezug wichtiger Waren zu sperren. Auch im Bergwerke sind die Kartelle einflußreich, die Preise hochzutreiben und die sozialen Nachteile zu vergrößern. Die Kartelle prüfen auf die Kartellverordnungen und finden darin vielfach noch die Unterstützung der Behörden.

Bei dem Vortrage „Internationales Arbeitsamt“ werden verschiedene Gesetzentwürfe behandelt: über die Arbeitslosigkeit, die Stellenvermittlung der Seeleute, das Konstitutionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter und über die Entschädigung der Handarbeiter bei Arbeitsunfällen. Der sozialdemokratische Redner fordert eine internationale Verknüpfung zum Schutze der Sozialpolitik, er fordert einen Arbeiterschutz auf internationaler Grundlage. Der Weltkongress auf dem Weltmarkte dürfe nicht auf Kosten der Arbeiter durch Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung ausgeführt werden. Bei der Forderung des Streikrechts bei den Kapitalisten vorhanden, die durch die Regierungsparteien unterstützt werden, indem diese die Vorlagen der Regierung ablehnen. Der Arbeitsvertrag beim Eisenhandelsstand im Bergbau dürfe nicht verloren gehen. Wenn die Annahme des Washingtoner Abkommens abschließend hinausgeschoben werden sollte, so wird die organisierte Arbeiter- und Arbeitgeberbewegung den Weg des offenen Kampfes beschreiten müssen. Es sei wichtig, daß der deutsche Einfluß im internationalen Arbeitsamt gefördert werde, doch kann dies nicht dadurch geschehen, daß der australische Vertreter Deutschlands sich gegen den Arbeitsvertrag wendet.

Beim Vortrage des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft stellt der sozialdemokratische Abgeordnete Fäder (Düppeln) eine scharfe Rede über die Not der Landarbeiter: Das den beschuldigten Schicksal unterliegt, so wissen sowohl die Landarbeiter als auch die Kleinrentner, daß ihnen ein Schicksal nicht erspart kann, sondern daß lediglich der Organisationsstand der Partei davon abhängt. Die Verbraucher müssen die Hilfe bezahlen und die Organisationskräfte werden 750 Millionen als Zielsetzung in die Zukunft. Eine Erhöhung der Landarbeiterlöhne wird der Schicksal nicht verschont, so sehr auch eine Erhöhung angesetzt ist. Diese Landarbeiter sind hauptsächlich an Hungerlöhnen. So erhält ein erwachsener Landarbeiter in Dänemark durchschnittlich 135 Kr. im Jahre, ein erwachsener Arbeiter in England noch viel weniger, trotzdem die Preise für Weizen, Roggen, Gerste und Fleisch wesentlich höher sind als in der Vergangenheit. Die Folge der Notlage der Landarbeiter ist die Umwandlung der Wohnungsverhältnisse auf dem Lande ist sehr traurig, ebenso wie die Ernährung und der Gesundheitszustand der Landarbeiterfamilien geradezu als mangelhaft bezeichnet werden muß. Die Landarbeiter müssen in die Arbeitslosenversicherung einbezogen werden. Die Steigerung der Gütererzeugung ist notwendig, sie soll und kann aber nur möglich sein, wenn wir eine gesunde, gut ernährte, gut behabende Arbeiterklasse haben. Ein solcher Landarbeiterstand wird geradezu ein höheres Niveau haben und hohe Leistungen erbringen. — Der Redner brachte eine Fülle von Beispielen für den Stand der Landarbeiter und die Arbeitslosigkeit der Herren vor. Die Grundbesitzer auf der rechten Seite des Reichstages haben die in der gegebenen Stunde und Minuten nichts zu erwidern.

Vor Schaden bewahrt sich,

wer die richtige Beitragsklasse wählt. Zwar können laut Verbandsstatut männliche Mitglieder von 18 bis 20 Jahren und Ungelernte über 20 Jahre der zweiten Beitragsklasse angehören. Aber auch diese Mitglieder sollten, wenn immer möglich, der ersten Klasse beitreten. Denn nur in dieser haben sie Anspruch auf den höchsten Satz der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Waghregung und Streit. Darum trachte jedes Mitglied, die Beiträge der ersten Klasse zu entrichten.

Neuwahlen bei den Krankentassen

K. E. In den nächsten Monaten finden die Neuwahlen für die Leitungen der Krankentassen — Vorstand und Ausschuss — statt. Nach § 18 der RVO beträgt die Amtszeit vier Jahre. Die letzten Wahlen waren im Jahre 1921, mithin sind in diesem Jahre Neuwahlen vorzunehmen. Auf Grund des Gesetzes über Änderung der Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung vom 13. April 1922 werden die Wahlen zu den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten nicht mehr wie früher von den Beisitzern an den Versicherungsämtern, sondern von den Vorstandsmitgliedern der Krankentassen vorgenommen.

Welche Wichtigkeit des weiteren den Vorstandswahlen bei den Krankentassen beizumessen ist, ergibt sich daraus, daß die von den Krankenständen gemählten Ausschüsse der Landesversicherungsanstalten den Wahlkörper bilden für die Wahlen der Beisitzer an den Oberversicherungsämtern, der Versicherungsvertreter bei der Unfallversicherung, den Landesversicherungsämtern sowie dem Reichsversicherungsamt. Die Wahlen der Kasseneleitungen erfolgen in der Weise, daß von den volljährigen Versicherten die Ausschussmitglieder gewählt werden. Diese wählen aus ihren Reihen die Mitglieder des Vorstandes. Die als Vorstandsmitglieder erwählten Versicherten scheidet nach ihrer Wahl zum Vorstandsmitglied aus dem Ausschuss aus. Die Wahlverfahren für die Wahl der Vorstände sind bei den verschiedenen Kassensystemen nicht einheitlich. Während bei den Orts- und Landkrankentassen gemäß § 223 die Vorstandsmitglieder aus ihrer Mitte den Vorsitzenden des Vorstandes sowie dessen Stellvertreter wählen, bestimmt für die Betriebskrankentassen § 238 Abs. 2 RVO folgendes: „Der Arbeitgeber oder sein Vertreter führt den Vorbehalt.“ (Diese Bestimmung würde bei der geplanten Änderung der RVO fallen, denn sie ist nur zu geeignet, den Stellvertreter des Unternehmers ganz unter dessen Einfluß zu zwingen, was sich insbesondere bei den vielen Zweigstellen manchmal sehr zuungunsten der Versicherten auswirkt, weil die Vorstandsmitglieder vielfach ihre Rechte nicht kennen. Auch ein Betätigungsfeld für die Gewerkschaften, hier drüben aufstrebend zu wirken.)

Die Krankentassen besitzen ein mehr oder weniger eingeschränktes Selbstverwaltungsrecht. Darum darf es den freigebergesellschaftlich organisierten Kollegen nicht gleichgültig sein, wie Ausschuss und Vorstand zusammengesetzt sind. Die Kassenvorstände bilden, wie schon oben hervorgehoben, den Grundstock für den weiteren Aufbau bis zum Reichsversicherungsamt. Aus diesen Gründen dürfen nur die tüchtigsten und tüchtigsten Kollegen in die Vorstände und weiter hinauf zu den höheren Versicherungsbehörden gewählt werden.

Zu den Aufgaben der Krankentassenausschüsse gehören: Satzungsanstellungen oder Änderungen der Satzung, die der Vorstand beantragt, gutzuheißen oder zu verwerfen. Des Weiteren befindet der Ausschuss über die Beitragshöhe sowie über Art und Umfang der Leistungen, Abnahme der Jahresrechnung, Aufstellung eines Voranschlags und über die Art der Überwachung der extraktierten arbeitunfähigen Kassengeldern.

Die Wahlen bei den Krankentassen sind, wie in der gesamten Sozialversicherung, Verhältniswahlen, das heißt jeder der fristgemäß eingereichten Wahlvorschlüsse erhält nach Maßgabe der auf ihn entfallenden Stimmzahl die entsprechende Zahl von Sitzen im Ausschuss und Vorstand. Um jedwede Zersplitterung zu vermeiden, dürfte es sich empfehlen, überall die Organisation der Wahlen durch die Ortsausschüsse des RVO vorzunehmen.

Die Wahlbarkeit der Versicherungsvertreter hat zur Voraussetzung, daß sie bei dem Versicherungssträger versichert sind, also der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung unterliegen. Wählbar zu den Organen der Versicherungssträger sind aber nur volljährige Deutsche, auch weiblichen Geschlechts (§ 12 RVO). Im Gegensatz zum Unternehmer, der eine Wahl nur unter bestimmten, im § 17 RVO näher bezeichneten Voraussetzungen ablehnen darf, kann ein Vertreter der Versicherten die Wahl ohne Angabe von Gründen ablehnen. Für die Versicherungsvertreter werden, ebenfalls nach dem Grundsatz der Verhältniswahl, Stellvertreter gewählt.

Nicht wählbar ist, erstens wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist, zweitens wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

Ein weiterer Ausnahmeparagraph bei den Betriebskrankentassen ist der § 246 RVO. Er lautet: „Wer die Mitgliedschaft bei einer Betriebskrankentasse freiwillig fortsetzt, ist nur solange wählbar und wahlberechtigt, als er dem Betrieb angehört, für welchen die Kasse errichtet ist. Diese Bestimmung muß ausgenommen werden, wenn der befristete Versicherte, die aus irgendeinem Grunde dem Betrieb nicht mehr angehört, mit dem Verlust ihres Wahlrechts und ihrer Wahlbarkeit.“

Werftarbeiterlöhne in Deutschland und England

Im englischen Unterhaus wurde die Regierung über die Arbeitsbedingungen im englischen und im deutschen Schiffbau befragt. Der parlamentarische Sekretär des Arbeitsministeriums antwortete darauf, daß auf den britischen Werften die wöchentliche Arbeitszeit 47, auf den deutschen 54 Stunden betrage. Bezüglich der wöchentlichen Bezahlung in Großbritannien und in Deutschland machte der Sekretär folgende Angaben:

	Großbritannien	Deutschland
	Schilling	Schilling
1. Schiffbauer	56,7	—
2. Zimmerleute	57,8	30,10
Durchschnitt von 1. und 2.	56,8	—
Ungelernte	29,16	29,—
	26,38	25,3

Daß sich diese Wochenlöhne für Großbritannien auf 47, für Deutschland auf 54 Stunden beziehen, wurde schon angedeutet. Es sei darauf zu bemerken, daß die britischen Lohnsummen den Durchschnitt von neun wichtigen Orten des Schiffbaus betreffen, während die deutschen Lohnsummen sich auf Hamburg und Stettin beziehen. Die angeführten deutschen Werte sind die unverteilteten Werte. Es sei dazu noch der Soziallohn zu fügen, der für einen Versicherten mit zwei Kindern 2 Schilling 8 die Woche ausmache. Die (hier angeführten) deutschen Wochenlöhne sind erlangt durch Reduzierung der Stundenlöhne mit 54 und Umrechnung der Lohnsumme in englische Währung (20,10 £ = 20 Schilling). Die Lohnsätze für Briten sind wie für Deutsche und nach den für die Stunde oder die Woche geltenden Mindestlöhnen berechnet. In beiden Ländern erhalten die Arbeiter häufig höhere Löhne, als hier angegeben. Was über den Mindestlohn hinaus durch Erbschaft oder Überstunden verdient wird, ist hier nicht in Betracht gezogen. Würde dieses Mehr (also nicht der geltende Mindestlohn, sondern der wöchentliche Verdienst) in Rechnung gestellt, dürfte man für beide Länder zu anderen Ergebnissen kommen.

Josef Simon, 23 Jahre Verbandsvorsitzender

Es hat 23 Jahre her, seitdem Josef Simon zum Verbandsvorsitzenden des Zentralverbandes der Eisenarbeiter gewählt wurde. Im Jahre 1895, noch unter dem Sozialistengesetz, hat sich Simon als ungarischer Eisenarbeiter der Gewerkschaft wie der sozialdemokratische Partei angeschlossen. Seit 1907 ist er auch internationaler Sekretär der Eisen- und Lederarbeiterorganisation. Seit 1913 ist er Mitglied des deutschen Reichstages. Auch der verfassunggebenden Nationalversammlung hat er angehört. So entfaltete Simon neben seiner Arbeit für den Schiffbauverband auch eine intensive öffentlich-politische Tätigkeit. Trotz seiner fast 60 Jahre geht er zu den pflichterfülltesten und treuesten Arbeitern am Werk des Sozialismus. Der Glaube an die hohe Mission des Proletariats hat ihm Geist und Körper frisch und rege erhalten.

Ermäßigung der Verkaufspreise — trotzdem hohe Dividende. Trotz lebhafter Klagen über Auslandskonkurrenz, hohe Steuern usw. vermögen die deutsche Autoindustrie gut zu verdienen. So verteilt die der VAG nahestehende Nationale Automobil-Gesellschaft A.G. in Berlin 12 1/2 % Dividende. Dies konnte erzielt werden, trotzdem im Laufe des Jahres die Preise der Erzeugnisse um 26 % ermäßigt wurden. In der Hauptsache gelang dies durch Verbesserung der Arbeitsmethoden. Abschreibungen vermochte die VAG ebenfalls reichlich vorzunehmen, so daß die Kosten Maschinen und Apparate, Werkzeuge und Utensilien, Modelle sowie Invenar nur noch mit 1/4 zu Buch stehen. Ein Reservefonds in Höhe von 1,24 Millionen Mark konnte neu errichtet werden. Der Aufsichtsrat konnte nebenbei eine amtsfähige Lantime einstecken, sie betrug 79 830 M., das ist gleich der Summe, die dem Unterstützungsfonds zugewiesen wurde. Ein wackerer Aufsichtsratsmitglied bekam daselbst als Entschädigung für die Unterstützungsarbeiten der Laien von Arbeitern, die nach dem letzten Ende zu dem guten Ergebnis durch emsiges Arbeiten beitrugen.

Schriftenschau

Der Vorkauf in den Weltkammern. Eine wissenschaftlich-gemeinverständliche Betrachtung von Max Valler. 96 Seiten, 25 Abbildungen. R. Oldenbourg, München, Glöckstraße. Prof. Dr. M. Das Verdienst, eine Arbeit geleistet und den weitesten Kreisen in gemeinverständlicher Form zugänglich gemacht zu haben, gebührt dem Münchener Astronomen Max Valler. In seiner Schrift entrollt sich vor uns ein nachhaltig übermittelndes Bild vom Ringen des menschlichen Geistes mit den Geheimnissen des Kosmos. Das erste Kapitel schildert uns die gewaltige Schwierigkeit, das furchtbare Schwerefeld der Erde zu überwinden, das wie ein undurchdringliches Panzer unserer Neugierden hemmschüßt. Aufzueinander sind diese Forschungen wird uns im zweiten Kapitel von Valler's Werk, betitelt „Unsere Kampfmittel“, in gemeinverständlicher Weise gezeigt, wie weit eigentlich menschlicher Erfindungsgeist und technische Naturbeobachtung fortgeschritten sind und wie wenig noch fehlt, um den Vorkauf in den Weltkammern zur Tat werden zu lassen, so daß die Erreichung dieses Zieles durchaus im Bereiche des Möglichen erscheinen muß. Im dritten Kapitel endlich geht Valler näher auf den Weg ein, der in den unendlichen Weltkammern führen soll. Max manches in dem Buche auch läßt erkennen, so verläßt Valler nirgends den Boden der Wissenschaft, sondern er verjucht überall durch zwar einfach gehaltene, aber überzeugend durchgeführte Berechnungen seine Pläne vor der wissenschaftlichen Prüfung zu rechtfertigen.

Die Genossenschaftsbewegung der Konsumenten von Sidney und Beatrice Webb. Übersetzt von Dr. Jeannette Cassau. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Julius Firsch, Staatssekretär a. D. Einige autorisierte deutsche Übersetzung. Band 2 der „Sozialen Organisationen der Gegenwart“, Forschungen und Beiträge. Herausgegeben von Prof. Dr. Ernst Grünfeld, Halle a. S. — Band 3 der gleichen Sammlung ist: Die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft (The Cooperative Commonweal) von Sidney und Beatrice Webb. Übersetzt aus „Die Genossenschaftsbewegung der Konsumenten“ (The Consumers Cooperative Movement) und eingeleitet von Prof. Dr. Aug. Müller, Staatssekretär a. D. Wer die Genossenschaftsbewegung der Verbraucher als einen lühn vorgeschobenen Pfeiler eines neuen, gemeinsamen wirtschaftlich-planmäßigen Aufbaues einer kommenden höheren Wirtschaftsordnung erkannt hat und sich für sein tieferes Wesen interessiert, dem ist das Studium dieser Schriften aus der Feder der besten Kenner der alten englischen Genossenschaftsbewegung dringend zu empfehlen. Erschienen im Verlag der J. Neumannschen Buchdruckerei, Jülicherhof.

Die Hartungen aller hierzu geeigneten Metalle in unterschiedlichen Verfahren. Die heutige Metalltechnik V. Band B. Von G. Th. Ester d. Ne. Preis 1,06 M. Verlag Dr. Max Jänneke, Leipzig. In diesem Bande der Eisenischen Metalltechnik wird das Härten der Metalle, zunächst findet der Leser eine allgemeine Einteilung über Härten, dann eine Einführung in das Härten durch äußere Kraftwirkungen an geeigneten Metallen, ferner über Eisen-Niagenhärtung in feuerchemischen Verfahren, Einjahresverfahren bei Hellenhärtung und Einjahresverfahren mit Kohlenstoffgas. Der zweite Teil des Buches ist dem Härten edler Stahlarbeiten gewidmet. 81 Abbildungen erläutern das Verständnis des Lesers und verschiedene Zahlenmaterial ergänzen den praktischen Wert des Buches. Ein sehr ausführliches Sachregister ermöglicht ein rasches Nachschlagen.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 31. Mai ist der 23. Wochenbeitrag für die Zeit vom 31. Mai bis 6. Juni 1925 fällig.

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungsorten Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Veranlassungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Veranlassung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Beginn der Beitrags-erhebung
	I	II	III	IV	
Erlangen	20	15	10	5	25. Woche
Hamm i. Rh.	20	15	10	5	28. „
Helmstedt	20	15	10	5	28. „
Körsch	15	10	5	—	27. „
Köthen	5	5	—	—	27. „
Tobitana*	10	10	—	—	28. „

* Berücksichtigung aus der Nr. 21 der Metallarbeiter-Zeitung. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung konstitutiver Rechte zur Folge. Stuttgart, Adreßstraße 16. Der Vorstandsvorsitz.

Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten:

von Hellenarbeitern nach Berlin 2.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig („The International Shipbuilding and Engineering Co. Ltd.“, Danziger Werft und Eisenbahnwerkstätten A. G.) D.; nach Norwegen 2.; 2. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; u. St. = Streit in Stettin; A. = Streit; R. = Ruhrgebiet; M. = Mitteldeutschland; A. = Auslieferung. Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gelistet ist, Erteilung bei der zuständigen Gewerkschaft über, wo eine solche nicht besteht, beim Verband einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zeitig angeht, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Druck: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adreßstraße 16.